



Fotos: FM

Protestaktionen bei MAN Roland in Mainhausen und bei Pfaff in Kaiserslautern: Arbeitgeber zu Zugeständnissen bei Arbeitsplatz-Sicherung bewegt

Beschäftigungssicherung bei MAN Roland, Pfaff, Keiper

Die giftigsten Zähne gezogen

Drei Unternehmen in Schwierigkeiten, drei Drohungen mit Jobabbau oder gar Schließung, drei Verhandlungslösungen, dreimal Erleichterung bei den Beschäftigten: Die IG Metall konnte bei MAN Roland, Pfaff und Keiper Arbeitgeber-Plänen die giftigsten Zähne ziehen und Arbeitsplätze sichern.

Beim Druckmaschinen-Hersteller MAN Roland weigerte sich die Unternehmensleitung, einen wegen der Verluste im Bereich Bogendruck-Maschinen für das Werk Offenbach vereinbarten Sanierungsvertrag für Mainhausen zu übernehmen. Öffentlich spekulierte sie über Schließung des Standorts. Eine Drohung, der sie mit Schließung des Werks in Geisenheim Nachdruck verlieh. Dort fallen über 300 Arbeitsplätze weg.

Kein Wunder, dass bei den rund 400 Beschäftigten in Mainhausen die Angst umging. Die versuchte das Unternehmen durch ein Ultimatum an den Betriebsrat zu missbrauchen: Er sollte einer schlechteren Lösung als für Offenbach zustimmen, ansonsten drohe auch hier das Aus.

Der Betriebsrat rief IG Metall und Belegschaft auf den Plan. Auf einer Protestkundgebung in Mainhausen machten Bezirksleiter Armin Schild und der Offenbacher Bevollmächtigte Werner Dreibus klar: Eine Lösung gibt es nur mit der IG Metall. Und die darf nicht schlechter sein als für Offenbach. Das konnte die IG Metall für die Beschäftigten erreichen. Vereinbart wurde ein flexibles Gleitzeitkonto, das bei verbesserter Ertragslage ausgeglichen wird. Im Gegenzug dafür sind bis Ende 2006 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

Aktion brachte Kompromiss

Auch beim Nähmaschinen-Hersteller Pfaff in Kaiserslautern operierte die Unternehmensleitung mit massiven Drohungen. Entweder die Arbeitszeit wird unbezahlt um fünf Stunden pro Woche verlängert, oder die 515 Arbeitsplätze wandern nach China. Als die Arbeitgeber auch nach drei Verhandlungen nicht bereit waren, von der Forderung nach unbezahlter Mehrarbeit abzulassen, protestierten die Beschäftigten vorm Tor. Mit Erfolg. In einer vierten Verhandlung erreichte die IG Metall eine Beschäftigungssicherung bis Mitte 2007 ohne Arbeitszeitverlängerung. Zugeständnisse gab's bei Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Bei dem auf die Herstellung von Autositz-Teilen spezialisierten Unternehmen Keiper konnte die IG Metall in drei Verhandlungen den angedrohten Abbau von 600 der knapp 3000 Arbeitsplätze in vier deutschen Werken abwenden. Ebenso die Forderung nach unbezahlter Mehrarbeit. Bis Ende 2008 sind maximal 250 betriebsbedingte Kündigungen möglich. Die restlichen Arbeitsplätze und umfangreiche Investitionen sind bis dahin vertraglich garantiert.

Zur Sache

Mehr Mitglieder – mehr Chancen

In den Beispielen auf dieser Seite galt es, Arbeitsplätze in Unternehmen zu sichern, die echte Probleme haben. Nur deshalb war die IG Metall zu betrieblichen Abweichungen vom Flächentarifvertrag bereit. Nicht akzeptabel ist allerdings, dass die Unternehmen glaubten, die Beschäftigten und die IG Metall massiv mit Erpressung unter Druck setzen zu müssen, statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Nicht akzeptabel ist auch, dass sie mit der Forderung nach unbezahlter Arbeitszeitverlängerung aufwarteten. Denn das ist die unsolidarischste Form der Kostenreduzierung, weil sie Arbeitsplätze vernichtet. Dem Erpressungsdruck haben wir widerstanden. Die Forderung nach unbezahlter Arbeitszeit konnten wir weitgehend abwehren. Warum? Weil die Beschäftigten bereit waren, mit der IG Metall für ihre Jobs zu kämpfen. Diese Bereitschaft und ein hoher Organisationsgrad sind bei zunehmender Verbetrieblichung der Tarifpolitik Voraussetzung, in daraus resultierenden betrieblichen Konflikten zu bestehen und den Flächentarif zu schützen.

Holz und Kunststoff Rheinland-Pfalz

Auf Crashkurs I

Die Arbeitgeber der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie in Rheinland-Pfalz sind auf Crashkurs. Sie sagen, sie wollen den Flächentarifvertrag retten, tun aber alles, um das glatte Gegenteil zu bewirken. So ließen sie acht Gesprächsrunden über eine Überarbeitung des von den Arbeitgebern bereits zum Ende 2003 gekündigten Manteltarifvertrags ergebnislos verstreichen. Und in der neunten machten sie plötzlich eine Senkung der Arbeitskosten um 30 Prozent zur Einigungsbedingung. Dass die IG Metall dazu nicht bereit sein kann, wissen sie ganz genau. Dennoch erklärten sie: Auf Basis des bisherigen Vertrags werde es keinen neuen Flächentarifvertrag mehr geben.

Verbohrte Ideologen

Dass in anderen Tarifgebieten die Manteltarifverträge neu abgeschlossen worden sind, kümmert die rheinland-pfälzischen Arbeitgeber nicht. Dass zum Beispiel die Arbeitgeber im Saarland und in Thüringen die Mantelverträge gar nicht erst gekündigt haben, lässt sie ebenfalls kalt. Und dass Manteltarifverhandlungen in Hessen vorankommen – auch das lässt die rheinland-pfälzischen Arbeitgeber völlig ungerührt. Selbst der Umstand, dass Mitgliedsbetriebe des Verbands aus Sorge um den Betriebsfrieden auf eine Lösung drängen, bringt die Verbandsoberen nicht ins Grübeln. Völlig verbohrt halten sie an 30-prozentiger Kostensenkung fest.

Verweigerte Termine

Letzte Aktion, mit dem die verbohrten Verbandsideologen den Flächentarifvertrag in Frage gestellt und bei den Beschäftigten die Bereitschaft zu betrieblichen Konflikten erhöht haben: Sie nahmen die Kündigung der Einkommenstarifverträge und die Forderung nach einer 3,5-prozentigen Anhebung zum Anlass, die Verhandlungen hierüber in Frage zu stellen. »Unter den gegebenen Umständen«, so heißt es in ihrer Antwort auf das Kündigungs- und Forderungsscheiben, »ist ein nur ›weiter so‹ für unsere Mitgliedsfirmen ebenso unverantwortlich wie für den Bestand der Arbeitsplätze ihrer Mitglieder.« Die Verbandsantwort, dass die von der IG Metall vorgeschlagenen Verhandlungstermine »bei den der Tarifkommission verantwortlichen Herren bereits belegt« sind, dürfte deshalb kein Zufall sein.



Foto: FM

Metaller aus Pfälzer Holzbetrieben: Werden bald wieder Flagge zeigen müssen



Foto: FM

Aktion 2004 in Rheinland-Rheinhessen: Arbeitgeber provozieren schon wieder

Kfz-Handwerk

Auf Crashkurs II

Sind auch die Arbeitgeber des Kfz-Gewerbes in den Tarifgebieten unseres Bezirks der von dem Zweiten IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber auf einer bundesweiten Aktionskonferenz angeprangerten Kaputtspar-Mentalität verfallen? Für Thüringen muss diese Frage mit Ja beantwortet werden. Dort haben sich die Arbeitgeber durch Übertragung ihres Verhandlungsmandats auf eine ominöse mitteldeutsche Tarifgemeinschaft auf Tarifflucht mit dem Ziel begeben, die Tarife kräftig zu senken oder die Tarifbindung ganz abzulegen. Auf Nachfragen der IG Metall bei Innungen und Handwerkskammern, ob die dafür erforderlichen Satzungsänderungen auch tatsächlich vorgenommen und genehmigt worden seien, reagierten diese mit einem wirren Versteckspiel nach dem Motto: Keiner will's gewesen sein. Wie es hier weiter geht, wird der Umfang betrieblicher Gegenwehr entscheiden.

Griff in die Taschen

In Rheinland-Rheinhessen und in der Pfalz ist die Antwort auf die Eingangsfrage noch offen. In den dortigen ersten Verhandlungen bekannten sich die Arbeitgeber zwar zum Flächentarifvertrag. Sie gaben sich auch bedingt einigungsbereit. Doch dann tischten sie Vorstellungen und Forderungen auf, die eher von Kaputtspar-Mentalität als von Einigungswillen zeugten. Anrechnung von Schulungstagen auf den Tarifurlaub und Arbeitszeitverlängerung forderten die pfälzischen Arbeitgeber als Gegenleistung für eine mickrige Tariferhöhung. Einen noch tieferen Griff in die linke Tasche forderten die Arbeitgeber in Rheinland-Rheinhessen (kürzerer Urlaub, längere Arbeitszeit, weniger Weihnachtsgeld). Was sie dafür in die rechte Tasche zu geben gedenken, ließen sie offen. Auf jeden Fall weniger, als sie aus der linken herausholen wollen.

Einen Gang zulegen

An der Saar hielten die Arbeitgeber auch in zweiter Runde an unbezahlten Arbeitszeitverlängerungen als Voraussetzung für eine Tarifeinigung fest. Sie dürften deshalb bereits in die nächste Verhandlung mit der Erfahrung hineingehen, dass sie mit ihrer Haltung betriebliche Unruhe provozieren. Die Kfz-Handwerker jedenfalls werden, das hat Berthold Huber auf der Aktionskonferenz unterstrichen, »noch einen Gang zulegen«. Auch in unserem Bezirk.

Linde-Kältetechnik

Arbeitgeber auf Crashkurs III

Für 325 Millionen Euro übernahm die zum US-Konzern UTC gehörende Carrier-Gruppe im Oktober 2004 die aus dem Linde-Konzern ausgegliederte Kältetechnik mit Produktionsstandorten in Wiesbaden und Köln. Mit dem Erwerb des damals noch profitablen europäischen Marktführers in der Sparte Kühlregale schwang sie sich zum Weltmarktführer auf. Eine Zusage, die Standorte in Deutschland zu erhalten, war damit nicht verbunden.

Nur fünf Monate später kam, was offensichtlich schon beim Erwerb geplant war: Die Carrier-Gruppe klagte über angeblich rote Zahlen bei der neuen Tochter, meldete »Restrukturierungsbedarf« an und zog fünf mögliche Szenarien aus der Tasche. Der Favorit war schnell ausgemacht: Verlagerung der Produktion aus Wiesbaden nach Tschechien und Wegfall von 800 Jobs. Nur die Entwicklung sollte mit ihren rund 200 Arbeitsplätzen in Wiesbaden bleiben. Insgesamt, so das Szenario, könnten an deutschen Standorten in Produktion, Vertrieb, Montage und Service 1300 der gut 2500 Arbeitsplätze vernichtet werden.

»Das ist reine Willkür«, warf Hajo Rübsam, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Wiesbaden und Aufsichtsratsmitglied bei Linde-Kältetechnik, dem US-Konzern vor. Am 8. März protestierten rund 1000 Beschäftigte vor der Kölner Zentrale gegen die Verlagerungspläne. Betriebsrat und IG Metall haben unterdessen ein Gegengutachten erstellen lassen, das Argumente für den Erhalt der Produktion in Deutschland liefert. Hierfür wollen IG Metall und Betriebsräte betrieblich und öffentlich mobilisieren.



Foto: arbeiterfotografie.com/hey

Protest vor Zentrale in Köln am 7. März: Mobilisierung geht weiter

Bezirkskonferenz

Wir haben Alternativen

Am 12. Mai kommen in Mainz 121 Delegierte, darunter 40 Kolleginnen, und rund 80 Gäste zur 55. Bezirkskonferenz zusammen. Motto: »Arbeitnehmerbegehren der IG Metall: Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit – wir haben Alternativen.« Schwerpunkt wird am Vormittag ein Referat Gustav Horns sein, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Am Nachmittag wird Bezirksleiter Armin Schild außer dem Geschäftsbericht das Arbeitsprogramm des Bezirks für 2005 und 2006 präsentieren. Daneben werden Anträge beraten. Erstmals wird die Georg-Bernard-Plakette für soziales und demokratisches Engagement verliehen. Sie erinnert 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus an Bezirksleiter Georg Bernard, der 1945 im KZ Dachau starb.

Kurz gemeldet

Sozialwahlen: Seit 11. April und noch bis 12. Mai erhalten Versicherte der BfA (Bundesversicherung für Angestellte) Unterlagen, mit denen sie sich an den Sozialwahlen beteiligen können. Seit 18. April gehen auch an die Mitglieder der Techniker-Krankenkasse (TK) Briefwahl-Unterlagen raus. Die Versicherten können bis spätestens 1. Juni wählen, wer in der Vertreterversammlung (BfA) oder im Verwaltungsrat (TK) ihre Interessen wahrnehmen soll. Für beide Wahlen gibt es IG Metall-Listen. Darauf kandidieren auch ehrenamtliche Metallerinnen und Metaller aus unserem Bezirk. Bei der BfA sind dies der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Opel in Rüsselsheim, Peter Klein, und seine Betriebsrats-Kollegin Christel Johann-Eggers. Bei der TK treten der ehemalige Sicherheitsingenieur und Umweltbeauftragte Ernst Meil aus Kassel und die technische Angestellte Ellen Benölken aus Frankfurt an. Mit einer Stimmabgabe für die IG Metall-Liste können Metallerinnen und Metaller diese Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen.



Peter Klein



Christel Johann-Eggers



Ernst Meil



Ellen Benölken

Imtech Illingen: Die Regionalleitung des Elektro-Dienstleisters ist auch nach einem Warnstreik (**metall** 4/05) nicht bereit, ein 2004 in Firmentarifverhandlungen erzieltes Ergebnis über eine Tariferhöhung von 1,3 Prozent ab Januar 2005 in Vertragsform zu bringen und umzusetzen. Die IG Metall im saarländischen Neunkirchen hat deshalb nach Informationen des Betriebsrats mit den Vorbereitungen für einen Streik begonnen.

Möbelwerk Zeuro: Die Beschäftigten haben das insolvente Werk im thüringischen Zeulenroda auch sechs Wochen nach Beginn ihrer Bewachungsaktion unter Verschluss gehalten. Sie wollen den Abtransport von Maschinen verhindern, um das Werk und ihre Arbeit mit einem neuen Investor fortführen zu können. Ein Investor ist vorhanden, nicht aber die Bereitschaft der Gläubigerbank. Sie möchte sich lieber an den Maschinen schadlos halten und hatte deshalb am 12. April einen Verwerter-Firma losgeschickt, die den Wert der Maschinen taxieren sollte. Die wehrhaften Bewacher verweigerten deren Vertreter jedoch den Durchlass. Erst nach mehr als zwei Stunden konnten diese, eskortiert von Polizei und drei Betriebsratsmitgliedern, das Werk betreten. Ein Kompromiss, den die Polizei vermittelt hatte. Die Bewachung ging danach in die siebte Woche.

Bezirk Frankfurt, Lyoner Straße 34, 60528 Frankfurt am Main • Telefon 069–669096-3301, Fax 069–669096-3314, Internet: www.igmetall.de/homepages/bezirk-frankfurt • Verantwortlich: Armin Schild, Redaktion: Hartwig Oertel

In 22 Betrieben Interessenvertretungen

JAV-Wahlen waren erfolgreich

Von 26 Betrieben der Verwaltungsstelle Koblenz, in denen eine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) gewählt werden kann, haben 22 Betriebe eine JAV-Wahl erfolgreich abgeschlossen.

Insgesamt wurden 52 Jugend- und Auszubildendenvertreter gewählt, wovon 42 Jugendvertreter Mitglied der IG Metall sind. Dies entspricht einem Prozentsatz von 80,8. Die Zielsetzung ist, diesen Organisationsgrad auf über 90 Prozent während der Legislaturperiode zu erhöhen.

In folgenden Betrieben wurde eine JAV gewählt (in Klammern die Zahl der Jugendvertreter): Ball Packaging (1), Bomag (5), BSB (1), Corus (3), DC (5), Deloro (1), Deutz (1), Erlenbach (1), Glunz (1), Heuchemer (1), Impress (1), Kampf (1), Leifheit (3), Löhr & Becker (3), MAN (1), Moeller D. (1), Moeller H. (1), Schottel (3), Schütz (5), Stabilus (5), Steffen (3), TRW (5).



Das Foto zeigt nach der JAV-Wahl bei Deloro alle Auszubildende des Betriebs. Zum Vertreter der Jugend bei Deloro wurde Muharrem Percin (erste Reihe, Zweiter von links) gewählt, sein Stellvertreter ist Andy Ewald

ERA wird in den Betrieben umgesetzt

ERA-Beauftragte qualifiziert

Mit der Technologieberatungsstelle (TBS) hat die IG Metall Koblenz ein Seminarkonzept entwickelt, das die ERA-Beauftragten für die Einführung des ERA fit macht.

22 Kolleginnen und Kollegen aus unseren Metall- und Elektro-Betrieben haben die Gelegenheit wahrgenommen, beim Auftakt in Höhr-Grenzhausen dabei zu sein. Die beiden Referenten Gisela Rossmann und Holger Bargmann werden die Seminarreihe begleiten. Die Termine sind:

► 13. bis 14. Juni: Entgeltgrundsatz/Leistungsentgelt – Kennzahlenvergleich
► 6. bis 7. Juli: Projektmanagement
► 5. bis 6. September: Entgeltgrundsatz/Leistungsentgelt – Leistungsbeurteilung
► 7. bis 8. September: Kostenneutralität und Entgeltabsicherung
► 17. bis 18. Oktober: Entgeltgrundsatz/Leistungsentgelt – Zielvereinbarungen
► 19. Oktober: Belastungen und Erschwernisse

Die Seminare sind im Hotel Zugbrücke, Höhr-Grenzhausen.

Interessierte melden sich bitte direkt bei der TBS, Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz an. Weitere Informationen erhaltet ihr auch in der IG Metall-Verwaltungsstelle Koblenz.

Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsratswahlen bei TRW erfolgreich

In den TRW-Aufsichtsräten ist die IG Metall stark vertreten. Die gewählten Arbeitnehmervertreter sind:

► für Lucas Deutschland GmbH: Elvria Jung, Edgar Faust, Karl-Josef Mahlberg sowie Reiner Göbel und Norbert Kuck
► für Lucas Automotive GmbH die Kollegen Horst Ickler und Karl-Josef Mahlberg.

Branchenwechsel

Tarifkommission bei Impress gebildet

Durch den Wechsel in die Branche Feinstblech wurde bei Impress in Weißenthurm eine betriebliche Tarifkommission gebildet. Folgende Kollegen werden sich in Zukunft in den Tarifverhandlungen für die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb engagieren: Jürgen Klaß, Jürgen Leufgen, Frank Schmitz, Reiner Göbel, IG Metall Koblenz.

Corus-Arbeitnehmer aus drei Ländern trafen sich

Arbeit internationaler gestalten

Ein gutes positives Beispiel für die Internationalisierung der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit bietet Corus in Koblenz.

Drei Aluminium-Walzwerke hat Corus: in Cap de la Madeleine (Kanada), in Duffel (Belgien) und ein Werk bei uns in Koblenz. Der internationalen Konzernführung sollte eine internationale Arbeitnehmerinteressenvertretung gegenüber stehen.

Ein erster Schritt ist getan. Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter aus allen drei Standorten trafen sich für eine Woche in Koblenz und Duffel. Ziel soll die Bildung eines gemeinsamen Arbeitskreises der drei Aluminium-Walzwerke sein.

Reiner Göbel: »Der Internationalisierung der Kapitalseite muss eine Internationalisierung der Arbeitnehmerseite gegenüber gestellt sein, um gemeinsame Arbeit zu koordinieren und gemeinsame Forderungen zu entwickeln. Nur wer weiß, was am jeweiligen anderen Standort für Bedingungen herrschen, ist in der Lage, angemessen Arbeitnehmer-Interessen zu vertreten.«



Die Corus-Arbeitnehmervertreter aus drei Ländern und Reiner Göbel (links), Bernd Feuerpeil (Mitte)

»Gewinner-Gewinner-Strategien bedürften einer Kultur der Teilhabe der Arbeitnehmer, damit fahren Konzernführung und Arbeitnehmer gemeinsam besser«, sagt Bernd Feuerpeil, der die Idee für diese Initiative ergriffen und umgesetzt hatte.

Termine

Delegiertenversammlung
22. Juni 2005
Gast: Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall
Die Delegierten werden in schriftlicher Form von uns eingeladen.

Wir trauern um unseren Kollegen

Horst Krämer

* am 20. September 1944
† am 2. April 2005

Horst war Betriebsratsvorsitzender der Ball Packaging Europe GmbH in Weißenthurm und lange Jahre im Ortsvorstand.

Verwaltungsstelle Koblenz, Moselring 5-7a, 56068 Koblenz • Telefon 0261–91517-0, Fax 0261–91517-20, E-Mail: koblenz@igmetall.de, Internet: www.koblenz.igmetall.de • Redaktion: Reiner Göbel (verantwortlich), Petra Belzer

Mitgliederversammlung bei MyPegasus

Offene Worte

Fast 2600 ehemalige Opel-Kolleginnen und Kollegen haben seit Jahresende einen neuen Arbeitgeber: Die Beschäftigungsgesellschaft MyPegasus. Die IG Metall hat ihre Mitglieder am 13. April in Rüsselsheim erstmals zu einer Mitgliederversammlung eingeladen.

Über 300 Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung gefolgt und äußerten Kritik und Befürchtungen über ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.



Angesichts der Verkaufszahlen und der wirtschaftlichen Lage bei Opel war auf Druck von General Motors zum Jahreswechsel ein Abfindungsprogramm in Gang gesetzt worden. In diesem Rahmen wechselten rund 2600 Opelaner zur Beschäftigungsgesellschaft MyPegasus. Dies war Voraussetzung für den Abschluss eines Zukunftsvertrages für alle Standorte der Adam Opel AG in Deutschland.

Die bei der Mitgliederversammlung anwesenden Kolleginnen und Kollegen äußerten ihren Unmut über die Tatsache, dass die für Bewerbungen notwendigen qualifizierten Zeugnisse der Personalabteilung bei Opel immer noch nicht vorliegen.

An die MyPegasus gerichtet waren Kritiken bezüglich der zu langsamen Bearbeitung von Anträgen auf Fachqualifizierungen und organisatorische Unzulänglichkeiten nicht zu überhören. Der anwesende Geschäftsführer der MyPegasus, Herr Schwille, entschuldigte sich für organisatorische Mängel und sagte Abhilfe zu. Fragen zur Arbeitsagentur und deren Verhalten wurden beantwortet und Probleme einzelner Kolleginnen und Kollegen direkt aufgenommen.

Der Geschäftsführer der IG Metall Darmstadt, Kollege Lorenz, kündigte an, dass die Informationsmöglichkeiten bei der IG Metall durch Vertrauensleute, den Versand der **metall**-Zeitung an alle Mitglieder bei MyPegasus und Beratung bei Problemen mit den Zeugnissen verbessert werden. Zusätzlich hat die IG Metall ein »Forum MyPegasus« auf der Homepage der Verwaltungsstelle Darmstadt eingerichtet, damit die Mitglieder direkt mit ihrer IG Metall in Kontakt treten und sich untereinander austauschen können. Da die Versammlung mit dem Besuch von über 300 Kolleginnen und Kollegen sehr erfolgreich war, wird die nächste Mitgliederversammlung noch vor der Sommerpause organisiert.



Das erste Treffen der Betriebsräte-Inforunde für Betriebe über 200 Beschäftigte hat mit über 30 Teilnehmenden großen Zuspruch gefunden

Hottinger Baldwin Messtechnik

Personalabbau

Bedingt durch die Verlagerung diverser Produkte nach China steht zur Zeit eine Personalanpassungsmaßnahme an. 33 von 750 MitarbeiterInnen sollen aus der Firma ausscheiden.

Der Betriebsrat hat mit der Geschäftsführung einen Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart, der den Betroffenen eine gewisse Sozialverträglichkeit gewähren soll, auch wenn der Verlust des Arbeitsplatzes durch nichts zu ersetzen ist – und schon gar nicht durch eine Abfindungssumme.

Wichtige Bestandteile des Sozialplans sind zum einen die Möglichkeit des Job Sharings, das heißt, zwei Mitarbeiter teilen sich einen Arbeitsplatz und reduzieren damit die Anzahl von Mitarbeitern, die den Betrieb verlassen müssen. Eine weitere Maßnahme ist eine sogenannte »Sprinterprämie«. Betroffene und nicht betroffene Beschäftgte erhalten eine solche Prämie, wenn sie sich freiwillig entscheiden, bei HBM auszuscheiden. Nehmen Kolleginnen und Kollegen dieses Angebot an, die nicht unmittelbar von dem Stellenabbau betroffen sind, verringert sich ebenfalls die zuvor genannte Zahl entsprechend.

Zu erwähnen wäre ebenfalls, dass HBM ein Gruppenoutplacement einrichtet, um ausscheidenden Beschäftigten Hilfestellung zu geben, sich anderweitig zu bewerben. Dadurch sollen die Vermittlungschancen erhöht werden.



Betriebsräte und Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten informierten sich in einer Veranstaltung unseres Arbeitskreises »Arbeits- und Gesundheitsschutz« über die neue Arbeitsstättenverordnung. Dabei ging es in erster Linie um die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretungen im Rahmen ihrer Mitbestimmungsrechte

Vielen Dank





Nach 24 Jahren Beschäftigung bei der IG Metall-Verwaltungsstelle Darmstadt wurde Werner Hunkeler vom Ortsvorstand in seine wohlverdiente Ruhephase der Altersteilzeit verabschiedet

Verwaltungsstelle Darmstadt, Rheinstraße 50, 64283 Darmstadt • Telefon 06151–36670 •
Redaktion: Günter Lorenz (verantwortlich), Werner Hunkeler

10. April 2005

60. Jahrestag: Befreiung des KZ Buchenwald

Sechzig Jahre nach der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald durch die Häftlinge droht Deutschland von einem unrühmlichen Stück Vergangenheit eingeholt zu werden.
Faschistisches Gedankengut und faschistische Organisationen gedeihen in der Zeit von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Schieflage besonders unter jungen Menschen. Vor diesem Hintergrund erscheint das im »Schwur von Buchenwald« konzentrierte Vermächtnis der politischen Häftlinge des KZ Buchenwald so aktuell wie eh und je: »Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.«

Frankfurter Metallerinnen und Metaller waren am Sonntag bei der Gedenkfeier in Buchenwald. Uwe Schütz, verantwortlich für die Jugendarbeit der IG Metall Frankfurt, war gemeinsam mit elf Auszubildenden dabei.

metall: Uwe, was hat dich am meisten beeindruckt?
Uwe: Mich hat am meisten beeindruckt, noch Zeitzeugen treffen zu können, welche berichten können, wie durch internationale Solidarität das Terrorregime der Nazis besiegt wurde. Im Einzelfall der Sieg der Aktiven in Buchenwald bei der Selbstbefreiung. Im Anderen der Sieg der Alliierten über das Naziregime als Ganzes – und diesen Beleg, dass internationale Zusammenarbeit auch Herrschaften brechen kann, diesen Beleg wollten wir auch für die jungen Leute greifbar, sichtbar und erlebbar machen. Das ist uns gelungen. Die Resonanz und die Begeisterung waren groß.



Bei der Gedenkfeier dabei: ehemalige Häftlinge

metall: Uwe, du warst ja nicht alleine da, sondern du hast Jugendliche mitgenommen. Wie seid ihr auf die Idee gekommen, nach Buchenwald zu fahren?
Uwe: Im Rahmen eines Wochenendseminars mit dem Titel »Globale Alternativen zum Totalen Markt« haben wir auch die Frage gestellt, wie internationale Solidarität im Einzelfall aussehen kann. Die Frage haben wir wie folgt beantwortet: Mit dem persönlichen Kontakt, mit dem Überwinden von Standortkonkurrenz, mit dem Überwinden von eingeschränkten nationalen Denken ist es möglich, Mächtige zu übertreffen und zu besiegen. Wir haben natürlich ein extremes Beispiel mit Buchenwald gewählt.
metall: Am Ende der Gedenkveranstaltung hat es einen neuen Schwur von Buchenwald gegeben, der von Jugendlichen aus fünf Ländern verlesen worden ist. Wie fandest du dies?
Uwe: Das fand ich ganz toll, aber es ist ja nicht nur wichtig, wie ich das fand, sondern auch unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren tief beeindruckt. Auf der Rückfahrt von Buchenwald haben wir darüber gesprochen, ob das ein Schwur ist oder ein Motiv, welches man sich auch als persönliches Lebensziel setzen kann. Dies wurde dann auch von allen Anwesenden bejaht. Ich denke, bei jungen Menschen auf die Art und Weise auch eine Verpflichtung – eine Selbstverpflichtung zum Antifaschismus – herzustellen, sie in Worte zu packen ist eine richtige Sache.

»Das Begräbnis oder die HIMMLISCHEN VIER«

Ein starkes Gedenken an den Sieg über den Hitlerfaschismus

Ein deutscher Soldat – der bereits in zwei Weltkriegen gefallen war, wieder ausgegraben und erneut in den Krieg geschickt wurde – wird am 8. Mai von zwei sowjetischen Panzern und hoffentlich vielen Menschen am Reichstag in Berlin abgeholt und nach Potsdam gebracht, wo 1945 die Potsdamer Konferenz die Beschlüsse fasste, die einen neuen von Deutschland ausgehenden Krieg unmöglich machen sollten.
In Potsdam wird er dann von den »Himmlischen Vier« übernommen, also von Veteranen des Kampfes gegen Hitler aus der ehemaligen Sowjetunion, aus den USA, aus Frankreich und Großbritannien.

Sie wollen den deutschen Soldaten ein für alle Mal begraben, nahe der Stelle, wo bis zum britischen Bombenangriff die Potsdamer Garnisonskirche stand, vor der 1933 Reichspräsident Hindenburg und Hitler den Beginn der Naziherrschaft und den neuen Krieg durch Handschlag besiegelten. An den Bombenangriff werden ein historischer Bomber am Abendhimmel über Potsdam, Luftschutzsirenen und Flakscheinwerfer erinnern.

Soweit die Aktion, die viel zum Nachdenken bietet an diesem 60. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus. Die Aktion lässt nur den einen Schluss zu: Es muss alles getan werden, damit nie wieder von Deutschland Krieg über die Völker Europas und der Welt gebracht wird.

Der Berliner Senat freilich macht die Durchführung der Antikriegsaktion zu einer Sache aktueller Demokratie: Monate nach der Anmeldung der »Himmlischen Vier« beschließt er an den selben Plätzen einen »Tag für die Demokratie« (zusammen mit so erlauchten Teilnehmern wie Unternehmerverband BDA, CSU-Stoiber, Konrad-Adenauer-Stiftung und anderen) und erklärt damit Anmeldung wie Durchführung der Aktion für erledigt. Welche Konsequenzen es hätte, würde ein solcher Um-gang mit dem Recht auf Versammlung und Demonstration hingenommen werden, kann sich jeder Gewerkschafter leicht ausmalen.

Deshalb hat das Aktionsbüro »Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER« gegen diesen Handstreich des Senats Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht.

Weitere Informationen beim Aktionsbüro »Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER«, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin. Telefon 030-24009505, Telefax 030-24009506 oder auf www.himmlischevier.de

Verwaltungsstelle Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77, 60329 Frankfurt am Main • Telefon 069–24 25 31-0, Fax 069–24 25 31-42 • Redaktion: Bernd Rübsamen (verantwortlich), Katinka Poensgen

Interview mit Andreas Rainer

Weshalb ist die MetallRente so vorteilhaft?

Unser zuständiger Berater der MetallRente, Herr Andreas Rainer ist einigen schon von Betriebsversammlungen bekannt. Wir nehmen dies zum Anlass, den »Dieter-Thomas Heck der MetallRente«, wie er scherzhaft in einigen Betrieben genannt wird, zu interviewen und ihn damit allen unseren Mitgliedern bekannt zu machen. Den Spitznamen hat er sich durch sein engagiertes Auftreten und kompetente Beratung erworben.

Mit den Reformen der Sozialversicherung kommen auf jeden einzelnen Arbeitnehmer drastische Veränderungen zu. Fakt ist: Die Versorgungslücke wird noch größer.

Fazit: Die Änderungen fordern bei der Altersvorsorge noch mehr Eigenverantwortung und gute Beratung. Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt sich immer mehr das **Problem**: wie sollen wir das bezahlen?

metall: Welche Auswirkungen haben die Reformen auf die Betriebsrenten?

Rainer: Zunächst einmal bestehen die bewährten Vorteile auch weiterhin. So zum Beispiel die staatliche Förderung. Das bedeutet, wer beispielsweise 1200 Euro pro Jahr ansparen will, muss dafür je nach seinen persönlichen Verhältnissen nur rund 600 Euro »aus seiner Tasche nehmen«. Besser geht's nicht.



Unser zuständiger Berater Herr Andreas Rainer

metall: Was passiert beim Arbeitgeberwechsel?

Rainer: Hier hat der Gesetzgeber eine deutliche Verbesserung vorgesehen. Seit dem 1. Januar 2005 gilt für alle Neuzusagen der Rechtsanspruch auf Übertragung des Guthabens auf den neuen Arbeitgeber.

metall: Hartz IV ist in aller Munde, welche Bedeutung hat dies für die betriebliche Altersvorsorge?

Rainer: Im Unterschied zu anderen Sparguthaben wird bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II das Guthaben aus der MetallRente nicht angetastet. Frei nach dem Motto: »Deine MetallRente gehört Dir ... auch nach Hartz IV«.

metall: Wie rechnet sich die MetallRente für die Beschäftigte in den Unternehmen?

Rainer: Hervorragend. Zum einen dadurch, dass das Versorgungswerk aus vielen starken Partnern besteht, was im Vergleich zu anderen Angeboten einen mehrfachen Schutz bietet. Zum anderen durch Großkundenkonditionen unabhängig davon, ob sie in einem Großunternehmen oder in einem kleinen Betrieb arbeiten.

metall: Warum hat MetallRente von Beginn an höhere Guthaben?

Rainer: Im Gegensatz zu vielen anderen Anbietern verteilt MetallRente die üblichen Kosten über einen deutlich längeren Zeitraum.

metall: Welche gemeinsamen Ziele verfolgen IG Metall und Gesamtmetall mit der MetallRente?

Rainer: Als gemeinsame Einrichtung von IG Metall und Gesamtmetall bietet das Versorgungswerk eine hochwertige und sichere Produktpalette. Die Tarifvertragsparteien haben ausdrücklich die Beratungseinheit der MetallRente ins Leben gerufen, um für die Beschäftigten in den Firmen eine objektive Beratung sicherzustellen.

metall: Wie steht das Versorgungswerk aktuell da?

Rainer: Wir sind das größte freiwillige Versorgungswerk in Deutschland. Viele Kollegeninnen und Kollegen sorgen schon heute mit MetallRente fürs Alter vor. Das heißt, sie sparen schon heute ihre Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge.

metall: Was raten Sie den Kolleginnen und Kollegen?

Rainer: Es lohnt sich auf jeden Fall den Arbeitgeber auf MetallRente anzusprechen, unabhängig davon, ob er diese bereits anbietet oder nicht. Entscheidend ist, dass man die Förderung nicht verschenkt. Nichts tun bedeutet Geld wegwerfen, deshalb rate ich, die persönlichen Vorteile unter www.metallrente.de selbst ausrechnen. Als weitere Ansprechpartner stehen Betriebsrat, Personalabteilung sowie die MetallRente Beratungseinheit gerne zur Verfügung.

MetallRente

Telefon 0 18 02–22 29 94
Fragen zur MetallRente? Unsere Hotline steht von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 16 Uhr für sechs Cent pro Gespräch zur Verfügung.
MetallRente Berater/ Region West
Mainzer Landstraße 11–13
60329 Frankfurt am Main
Telefon 0 69–26 31-33 50
Fax 069–26 31-49 28
Mobil 01 72–8 58 21 19
e-mail: andreas.rainer@allianz.de

Direktversicherungsverträge

Änderung gilt ab dem 2005

Für ab 2005 abgeschlossene, neue Direktversicherungsverträge entfällt die Möglichkeit, pauschalversteuert anzusparen. Es gilt jetzt folgendes: Beiträge sind, wie Beiträge zu einer Pensionskasse, bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (West) steuerfrei, bis zum Jahr 2008 auch sozialversicherungsfrei. Zusätzlich kann ein Betrag von 1800 Euro steuerfrei eingesetzt werden, der jedoch sozialversicherungspflichtig ist. Die spätere Rente muss individuell versteuert werden.

TV Entgeltumwandlung

Arbeitnehmer können Angebot verlangen

Arbeitnehmer können verlangen, dass ihr Arbeitgeber ihnen ein Angebot zur Entgeltumwandlung macht. Wer davon Gebrauch machen will, sollte seine Ansprüche möglichst rasch geltend machen. Innerhalb von drei Monaten nach der Geltendmachung muss der Arbeitgeber ein konkretes Angebot zur betrieblichen Altersversorgung unterbreiten. Kommt der Arbeitgeber dem innerhalb dieses Zeitraums nicht nach, ist die Entgeltumwandlung über die MetallRente durchzuführen.

Auf diese Regelung hat sich die IG Metall mit den Arbeitgebern für die Metall- und Elektroindustrie sowie für die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie geeinigt.

Ab 1. Juni 2006

Neue Regelungen für Uni-Sex-Tarife

Private Renten- und Lebensversicherer, auch MetallRente unterscheiden bei den Beiträgen und Leistungen nach dem Geschlecht. Dies wird mit der höheren Lebensdauer von Frauen begründet. Die Folge ist, dass Frauen bei gleichem angesparten Kapital für gleiche Beiträge niedrigere Rentenleistungen erhalten oder für die gleichen Rentenleistungen höhere Beiträge bezahlen müssen. In das Altersvorsorge-Zertifizierungsgesetz wurde nunmehr eine Regelung aufgenommen, nach der eine staatliche Förderung der Altersvorsorge (Riester-Rente) nur erfolgt, wenn Grundlage des Vertrags geschlechtsunabhängige Beiträge und Leistungen sind. Gefördert werden nur solche Tarife, die bei Beiträgen und Leistungen nicht zwischen Männern und Frauen unterscheiden. Diese Regelung gilt für Verträge mit Laufzeit ab 1. Januar 2006.

Tipp: Beim Abschluss vor 2006 vereinbaren, dass in den Uni-sex-Tarif gewechselt werden kann, wenn er günstiger ist.

Verwaltungsstelle Hanau, Freiheitsplatz 6, 63450 Hanau • Telefon 0 61 81–92 02-0 •
Redaktion: Michael Pilz (verantwortlich), Doris Wege

60. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald

»Aus der Geschichte lernen«



Beeindruckend: Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald

Unter dem Motto »Aus der Geschichte lernen« stand ein Wochenendseminar vom 9 bis 10. April. Anlass war der 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald.
Was können, was müssen wir aus den Erfahrungen des Faschismus lernen, und welche Konsequenzen ziehen wir für unsere heutige Arbeit? Das waren nur zwei der Fragen, die gemeinsam mit dem Referenten Udo Achten diskutiert wurden. Besonders bewegt und beeindruckt waren die 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedoch von der Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager auf dem Ettersberg in der Nähe von Weimar.



Wochenendseminar: Welche Konsequenzen ziehen wir für unsere Arbeit?

Hier gedachten Überlebende der Nazibarbarei und etwa 2000 weitere Teilnehmer der Opfer und der Leiden der ehemaligen Häftlinge und der Befreiung durch die Gefangenen und die Alliierten im April 1945. Insbesondere die Reden von drei Zeitzeugen, die über die Leiden im Lager, aber auch über den Widerstand im Lager, berichteten.

Erinnert wurde daran, dass die ersten Häftlinge in den KZ's der Faschisten Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten waren. »Die heutige Generation trägt nicht die Verantwortung für das, was damals in Deutschland geschehen ist – aber wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass sich dies niemals wiederholt«, erklärte einer der Überlebenden. In diesem Sinne werden wir unsere Arbeit fortführen.

Linde+Wiemann

Maßnahmenbündel verhandelt

Mangelnde Kaufkraft und zu wenig Aufträge machen zunehmend auch den heimischen Automobilzulieferern Probleme.
Nachdem sich die Hoffnung auf eine Besserung der Konjunktur zerschlagen hatte, musste deshalb über einen begrenzten Personalabbau im Rahmen eines Sozialplan verhandelt werden. Interessenausgleich und Sozialplan legen aber auch verschiedene Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung fest.

Vereinbart wurde ein ganzes Maßnahmenbündel, darunter ein etwa fünfprozentiger Personalabbau aber auch die Rückführung aller Arbeitsverträge auf die 35-Stunden-Woche und ein Ausschluss weiterer betriebsbedingter Kündigungen bis Juni 2007.

Geschäftsleitung, und Betriebsrat werden außerdem Insourcing-Maßnahmen prüfen und verstärkt Qualifizierungsangebote machen.

Termine 2005

1. Mai-Feier
► 11 Uhr, Kundgebung mit Dr. Brigitte Bertelmann, Wirtschaftsreferentin Evangelische Kirche Hessen und Nassau, Marktplatz Herborn. Anschließend Musik, Getränke, Essen, Kinderprogramm, Informationsstände.

Arbeitskreis der Erwerbslosen
► 10. Mai, 17 Uhr im Haus der Vereine in Herborn. Wir bitten um telefonische Anmeldung in der IG Metall-Verwaltungsstelle.

Orts-Angestelltenausschuss
► 11. Mai, 17 Uhr in der IG Metall-Verwaltungsstelle.

Arbeitskreis der Vertrauensleute der Schwerbehinderten und Betriebsräte
► 17. Mai, 13 Uhr in der IG Metall-Verwaltungsstelle.

Weitere Infos unter:
► www.herborn.igmetall.de

Ergebnis konsequenter Arbeit

Erfolge in der Mitgliederwerbung

Zehn Monate nach dem Beginn unseres Mitgliederprojekts zeigen sich deutliche Erfolge. In den elf beteiligten Betrieben konnten deutlich mehr Mitglieder gewonnen werden als in den Jahren vorher. Und der Organisationsgrad stieg zwischen fünf und 49 Prozent.

Dieser Erfolg ist das Ergebnis konsequenter und planmäßiger Arbeit, aber insbesondere ein Ergebnis des hervorragenden Engagements unserer ehrenamtlichen Betriebsräte und Vertrauensleute. Danke. Es zeigt aber auch, dass immer mehr Beschäftigte begreifen: ohne starke Gewerkschaften geht es nicht. Machen wir uns weiter stark.

Verwaltungsstelle Herborn, Walther-Rathenau-Straße 55, 35745 Herborn •
Telefon 02772–3063, Fax 02772–2510, Internet: www.herborn.igmetall.de •
Redaktion: Hans-Peter Wieth (verantwortlich), Andrea Theiss, Sabine Hüther

Delegiertenversammlung in Baunatal

»Die Mitgliedschaft ist unser Fundament«

Auf der Delegiertenversammlung der IG Metall Nordhessen am 12. März in Baunatal übte der Erste Bevollmächtigte, Ullrich Meßmer, scharfe Kritik an der Arbeitsmarktpolitik und dem Verhalten der Arbeitgeber.

Vor den 220 Delegierten in der Stadthalle sagte Meßmer: »Über 22 Jahre Deregulierung haben die Gesellschaft gespalten und die Kluft zwischen Arm und Reich verschärft, aber keinesfalls zu den versprochenen Zielen der Vollbeschäftigung und sozialer Gerechtigkeit geführt.« Der von der CDU geforderte so genannte »Pakt für Deutschland« eine Mogelpackung, in der sich nur die alten, erfolglosen und sozialstaatsfeindlichen Angriffe auf Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Schwache wiederfinden.

Eindringlich warnte Meßmer die Bundesregierung davor, diesen Weg weiterzugehen, zumal die wahren Probleme für fehlendes Wachstum nicht bei den Beschäftigten zu suchen seien, sondern bei der fehlenden Binnennachfrage, wie der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften seit Jahren analysieren und dem sich mittlerweile so renommierte Wirtschaftssachverständige wie Professor Bofinger anschließen.



Ullrich Meßmer: Warnung an die Bundesregierung

Der Erste Bevollmächtigte forderte eine solidarische Einfachsteuer sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die verbindliche Wirkung von Tarifverträgen und die Weiterentwicklung von mehr Mitbestimmung in Unternehmen müssen verteidigt werden.

Diese Punkte wurden auch auf der Delegiertenversammlung in fünf »Betriebspolitischen Foren« bekräftigt. Die fünf Foren:

- AG 1: ERA, die Herausforderung der nächsten Jahre. Betriebliche Umsetzung unter Einbeziehung der Vertrauensleute und der Mitglieder. Zielvorgabe ist die Einführung moderner, gerechter Entlohnungsstrukturen.
- AG 2: Aktionsfeld Betriebliche Tarifpolitik. Das Ziel: gemeinsame Mindeststandards erarbeiten.
- AG 3: Mitbestimmung, wichtiger denn je. Diskussion in den Betrieben, Abwehr der Pläne von CDU/CSU zum Mitbestimmungsabbau.
- AG 4: Zukunft durch Bildung. Notwendigkeit von Bildung und Qualifizierung von Mitgliedern.
- AG 5: Sozialstaatsperspektiven der IG Metall. Sozialwahlen, Alternativen zum Neoliberalismus.

Die Ergebnisse der fünf Foren wurden zusammengefasst und werden Gegenstand der nordhessischen Arbeitsplanung bis Ende 2006 sein.

In seiner Rückschau sagte Meßmer, dass es nur mit großen Kraftanstrengungen gelungen sei, zum Jahreswechsel 2003/2004 gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie zu verhindern. Tarifvertragliche Veränderungen bleiben auch in Zukunft im Verantwortungsbereich der Tarifvertragsparteien. Allerdings seien dabei im Rahmen des Flächentarifvertrags betriebsnahe Lösungen unter bestimmten Bedingungen möglich.

Prompt hätten das die Arbeitgeberverbände so ausgelegt, als könnten sie flächendeckend unbezahlte Arbeit zur Regel werden lassen. »Hier lagen und liegen die meisten Konflikte der betrieblichen Auseinandersetzungen zur Umsetzung des Tarifvertrags«, sagte Meßmer.

Die IG Metall könne nur erfolgreich auf diese Herausforderungen reagieren, wenn es ihr gelingt, die Beschäftigten in den Betrieben davon zu überzeugen, »dass die Mitgliedschaft in unserer Organisation das Fundament dazu ist«.

Auf nach Nürnberg

Am 18. Juni ist im Rahmen der Jugendkampagne »Wir können auch anders« ein Aktionstag in Nürnberg.
Die IG Metall-Jugend aus der gesamten Republik wird dort Fragen zu den Themen Einkommen zum Auskommen sowie Bildung und soziale Sicherheit diskutieren.
Nach einem Demonstrationszug durch die Stadt gibt es ein Konzert, bei dem unter anderem Gentleman und H-Blockx auftreten.
Die Verwaltungsstelle Nordhessen wird die Busreise organisieren. Informationen dazu beim BR/JAV oder direkt bei der Verwaltungsstelle unter der Telefonnummer 05 61–7 00 05 23.

Tag der Befreiung in Nordhessen

Nie wieder Krieg

Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 haben das Kasseler Bündnis gegen Rechts, die Region Nordhessen des DGB, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Kasseler Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zu mehreren Gedenkveranstaltungen aufgerufen.

In einem gemeinsamen Schreiben »8. Mai 1945 bis 2005. Tag der Befreiung. Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg« heißt es, dieses Datum markiere den Sieg über das menschenverachtende Regime des Hitler-Faschismus,

- das seit 1933 politische Gegner und Andersdenkende ausgrenzte, verfolgte und inhaftierte,
- das Menschen allein aus einer konstruierten Rassezugehörigkeit als Juden, als Sinti und Roma, als Slawen millionenfach ermordete,
- das alle Nachbarstaaten in Europa und selbst Völker in anderen Teilen der Welt mit Krieg, Okkupation und Vernichtung überzog – ein Krieg, der über 50 Millionen Menschen das Leben kostete.

Das Schreiben erinnerte auch daran, dass wenige Stunden vor dem Einmarsch der Amerikaner Anfang April 1945 in Kassel SS-Schergen in Kassel-Wilhelmshöhe und in Breitenau mehrere hundert Gefangene und Zwangsarbeiter ermordeten.

Am 8. Mai gedenkt der hessische DGB im Frankfurter Gewerkschaftshaus in einer Konferenz »Erleben – Hoffen – Kämpfen« des Endes des Zweiten Weltkriegs; und am 12. Mai veranstaltet der DGB Nordhessen im Kasseler DGB-Haus um 19 Uhr eine Veranstaltung unter dem Titel »Befreiung aus der Sicht der Befreiten«.

Am 10. Mai ist in Bad Hersfeld und in Eschwege eine Veranstaltung des Schülerwettbewerbs zum 8. Mai 1945, und am 11. Mai wird in Lauterbach (Vogelsberg-Kreis) die Ausstellung des DGB zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 eröffnet.

Verwaltungsstelle Nordhessen, Spohrstraße 6–8, 34117 Kassel • Telefon 05 61–7 00 05-0, Fax 05 61–7 00 05-44, E-Mail: nordhessen@igmetall.de • Redaktion: Ullrich Meßmer (verantwortlich), Wolfgang Otto

Tarifverhandlungen Kfz-Handwerk Pfalz – drei Prozent mehr Einkommen standen als Forderung

Monopoly um Arbeitszeit und Einkommen

Bundesweit geht es hoch her im Kfz-Handwerk: Arbeitgeber wollen sich von Tarifverträgen mit der IG Metall verabschieden und/oder stellen die derzeit üblichen »Geiz ist geil«-Forderungen nach längeren Arbeitszeiten für geringere Entgelte.

Anders in der Pfalz. »Wir hatten Hoffnung auf einen akzeptablen Abschluss«, kommentiert die in Neustadt zuständige Gewerkschaftssekretärin Elke Bethwell die erste Tarifverhandlung im April. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Herr Dr. Ritter, betonte die seines Erachtens nach große Bedeutung des Flächentarifvertrags und legte dar, die Politik anderer Landesverbände nicht zu teilen. Es dürfe keinen Geldverlust für die Mitarbeiter geben.

Josef Schäfer (Bild unten links) und Klaus Schumacher (Bild oben links) waren als Tarifkommissionsmitglieder dabei.



Josef, Betriebsratsvorsitzende beim BMW-Autohaus Vogel in Landau (BR Bild unten rechts): »Bei einer Forderung von drei Prozent kann das Angebot von einem Prozent nicht erschrecken. Wenn dazu aber die Arbeitszeitflexibilisierung ausgedehnt und Urlaub für Schulungen hergegeben werden soll, geht es um eine Minusrunde. Wir sind sauer.«

Klaus, Betriebsratsmitglied bei Daimler-Chrysler Landau: »Bei sauberen Regelungen zur Planbarkeit von Arbeits- und Freizeit und Einhaltung der tariflichen Wochenarbeitszeit wäre bei Flexibilisierung noch was drin. Aber bei dem Angebot, die Lohnerhöhung selbst zu zahlen und noch draufzulegen, lohnt das Nachdenken nicht.«

Auch in anderen Autohäusern gibt es Unmut über das Verhalten der Arbeitgeber, so beim BMW-Autohaus Vogel in Harthausen. Wolfgang Ziegler, Betriebsratsvorsitzender (Bild oben Mitte): »Eher fährt keiner mehr zur Schulung, als sie mit Urlaub selbst zu bezahlen. Besser wäre, wieder Autos zu bauen, die gut und sicher fahren, statt schulungsfressender unberechenbarer Elektronikspielzeuge.«

Unisono: Seit der Währungsunion habe jeder monatlich über 300 Euro weniger in der Tasche. Es fehle Geld zum Ausgeben und Ankurbeln der Wirtschaft.

Klaus: »Die Arbeitgeber spielen Monopoly um den großen Mammon und stehen in Wirklichkeit selbst auf ihrer eigenen Konjunkturbremse.«

Am 10. Mai geht es weiter.

Arbeitskreis für Schwerbehindertenfragen

Vor Ort im Integrationsamt



In der Diskussion: Dr. Laux

Der Leiter des Amts für soziale Angelegenheiten, Herr Christoph Polter, stellte sich und das Amt unserem Arbeitskreis für Schwerbehindertenfragen vor.

Schwerpunkt war dann die Diskussion mit Herrn Dr. Laux, leitender Amtsarzt, zu Fragen der Einstufung in einen Grad der Behinderung.

Jürgen Klein, Vertrauensperson der Schwerbehinderten bei DaimlerChrysler Wörth: »Je konkreter unsere Kenntnisse sind, desto besser können wir betroffenen Personen helfen. Die Kontakte zu den Ämtern sind von Vorteil, um Konflikte schnell auf ›dem kleinen Dienstweg‹ zu erledigen.«

Im Ortsvorstand

Steffen Herrmann mischt sich ein

»Ich bin einer von uns« sagt er und meint, als Betriebsratsvorsitzender nicht abheben zu wollen, sondern konsequent im Interesse der Arbeitnehmer von Duttenhöfer in Hassloch zu handeln, die ihn auch gewählt haben.

Nach der Ausbildung zum Bauschlosser kam er 1991 zu Duttenhöfer und zur IG Metall. 2002 beschleunigte er von null auf hundert und wurde BR-Vorsitzender, dann Mitglied der Delegiertenversammlung, der Tarifkommission, des Ortsvorstands. Auch in seiner Gemeinde Hessheim ist er sehr aktiv. »Es ist mir wichtig, politisch mitzuwirken und vor allem mitzugestalten. Nörgeln und Ansprüche an andere zu stellen, ist mir zu einfach. Das kann jeder.«



Steffen Herrmann: »Es ist mir wichtig mitzugestalten«

ERA-Qualifikation

Auftaktveranstaltung
(Grundfragen der ERA-Entgeltgestaltung) 10. Mai, 9 Uhr bis gegen 16 Uhr, Parkhotel Landau

Grundlagenseminare
Referentin: Gislind Rossmann von der Technologie-Beratungsstelle (TBS) beim DGB Rheinland-Pfalz
Ort: Parkhotel Landau
Teil I, Schwerpunkt: Grundentgelt/Eingruppierung
27. bis 29. Juni
Teil II, Schwerpunkt: Leistungsbewertung und -vergütung
13. bis 5. Juli

Im Zuge der Grundlagenseminare ist vorgesehen, Workshops zu Detailthemen der ERA-Einführung anhand konkreter betrieblicher Konflikte zu verabreden.

Verwaltungsstelle Neustadt, Konrad-Adenauer-Straße 31A, 67433 Neustadt an der Weinstraße • Telefon 06321–92470, Fax 06321–924750, E-Mail: neustadt@igmetall.de • Redaktion: Dr. Werner Dietrich (verantwortlich), Elke Bethwell

Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel

Gegen die Dienstleistungsrichtlinie

Rund 60 000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter folgten am 19. März dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbunds und demonstrierten in Brüssel gegen den umstrittenen Entwurf der EU-Kommission zur Dienstleistungsrichtlinie. Mit dabei: knapp 60 Metallerinnen und Metaller aus der Verwaltungsstelle Neuwied.

Die kritisierte Richtlinie sieht unter anderem vor, dass innerhalb der EU jede Firma in jedem Land ihre Dienstleistungen anbieten kann – und zwar orientiert an den Mindeststandards der Löhne und Arbeitsbedingungen ihres Heimatlands.

Nationale Gesetze und Regelungen des Landes, in dem die jeweilige Leistung erbracht wird, sollen nur in Ausnahmefällen oder übergangsweise gelten. Damit würden in vielen Ländern hart erkämpfte soziale und tarifliche Standards ausgehebelt und der Unterbietungswettbewerb verschärft.

Zwar sind die Dienstleistungsrichtlinie und das »Herkunftslandprinzip« noch nicht vom Tisch. Aber die EU-Kommission hat auf ihrem Gipfeltreffen am 22. und 23. März angekündigt, sie wolle den Entwurf grundlegend überarbeiten.



Aktiv gegen Sozialdumping: Neuwieder Metallerinnen und Metaller in Brüssel

Aktionsfestival am 18. Juni in Nürnberg

Wir können auch anders

Schluss mit steigender Arbeitslosigkeit, steigender Jugendarmut, miesen Ausbildungsbedingungen, veralteten Berufsschulen und zu wenig Kohle. Uns reicht's.

Kommt nach Nürnberg – für unsere Forderungen:

► Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten,

► qualifizierte Ausbildung in den Betrieben und moderne Berufsschulen,

► betriebliche Ausbildungsplätze für alle,

► Vollbeschäftigung: sinnvolle und qualifizierte Arbeitsplätze für alle,

► Globalisierung von unten,

► eine offene Gesellschaft – gegen Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt,

► soziale Sicherheit für alle.

Unter anderem sind mit dabei: Gentleman, H-Blockx und Fiddlers Green.

Teilnahmekarten und weitere Informationen zur Abfahrtszeit gibt's in der Verwaltungsstelle.



Hoesch in Kreuzau und Andernach

Insolvenzantrag gestellt

Die Hoesch GmbH & Co. KG in Düren und ihre Tochtergesellschaften mit Betriebsstätten in Kreuzau und Andernach haben beim Amtsgericht einen Antrag auf Insolvenz gestellt.

Das Verfahren wird voraussichtlich zum 1. Juni eröffnet. Der vorläufige Insolvenzverwalter Zumbaum ist zuversichtlich, Investoren zu finden. Ziel sei es, den Betrieb fortzuführen. In der Betriebsstätte in Andernach sind zurzeit 90 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt.

Betriebsrat überrascht

Der Betriebsratsvorsitzende Friedhelm Schulz zeigte sich überrascht von der Entwicklung. Die Geschäftsleitung habe es versäumt, den Betriebsrat frühzeitig zu informieren. Schulz erwarte jedoch, dass der Betrieb weitergeführt werde.

Termine

► **Heraus zum 1. Mai – Würde zeigen.**
Kundgebung des DGB zum internationalen Tag der Arbeit
10.30 Uhr Demonstration in Koblenz vom Stadttheater zum Münzplatz, 11 Uhr Kundgebung, Münzplatz

► **Arbeitstagung für Betriebsräte**
4. Mai, 8 Uhr, Heimathaus

► **60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus**
8. Mai

► **Versammlung der Seniorinnen und Senioren**
13. Mai, 10 Uhr, Heimathaus

► **Delegiertenversammlung**
1. Juni, 17 Uhr, Bürgerhaus Eich

► **Halbtagsschulung für Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter**
9. Juni, 13.30 Uhr, Gewerkschaftshaus

► **Wir können auch anders – Aktionsfestival der IG Metall-Jugend**
18. Juni, Nürnberg – Teilnahmekarten und weitere Infos in der Verwaltungsstelle

► **Arbeitstagung des Arbeitskreises Technologie (interessierte Kolleginnen und Kollegen können gern teilnehmen)**
29. Juni, 8.30 Uhr, Heimathaus

► **Arbeitstagung für Betriebsräte**
30. Juni, 8 Uhr, Heimathaus

Internet: www.igmetall.de/homepages/neuwied/

Verwaltungsstelle Neuwied, Langendorfer Straße 66, 56564 Neuwied • Telefon 0 26 31–83 68-0, Fax 0 26 31–83 68-22, E-Mail: neuwied@igmetall.de • Redaktion: Walter Vogt (verantwortlich), Britta Cordes

IG Metall Trier weiter erfolgreich

350 neue Mitglieder in den letzten vier Monaten seien ein überzeugender Vertrauensbeweis der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die verlässliche Arbeit unserer Gewerkschaft, stellte der Erste Bevollmächtigte der Trierer IG Metall Roland Wölfl auf der Delegiertenversammlung fest.

Der Organisationsgrad in den von der IG Metall betreuten Betrieben ist so hoch wie nie zuvor. Die erfolgreiche Arbeit der Verwaltungsstelle lässt sich auch an Zahlen ablesen. Mit fast 19 Millionen Euro hat man in den vergangenen 14 Monaten einen respektablen Betrag für die Mitglieder vor den Gerichten und in Verhandlungen durchsetzen können.

Roland Wölfl dankt hierfür vor allem den zahlreich aktiven Betriebsräten und Mitgliedern der IG Metall. Ohne starkes Rückgrat in den Betrieben sind diese Erfolge nicht zu erzielen. Trier ist bei der Mitgliederentwicklung im Bundesgebiet wieder in der »Pole Position« und die Verwaltungsstelle hat ebenfalls eine stabile Finanzlage.

Große Anstrengungen der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder gibt es zurzeit in einigen Betrieben der metall- und holzverarbeitenden Industrie, um Angriffe der Geschäftsleitungen auf die Einkommen der Beschäftigten abzuwehren. Mit rigorosen Erpressungsversuchen und der geschürten Angst um den Arbeitsplatz versuchen Arbeitgeber, die Tarifverträge zu schleifen.

Besonders beschämend ist das Verhalten der Eigentümer und der Geschäftsführung der TWD Kuag in Deggendorf im Hinblick auf den Betrieb in Konz, wo die letzten 160 Mitarbeiter auch noch ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Seit Jahren wird die ehemalige Kuag von der Geschäftsleitung kannibalisiert.

Die systematisch betriebene Auszehrung des Konzer Standorts durch Produktions- und Kapitalverlagerungen nach Deggendorf durch ein offensichtlich unfähiges Management ist ein Paradebeispiel dafür, welch Schindluder mit den Menschen durch Manager getrieben wird.

Die einzige Hoffnung für einen Erhalt der Arbeitsplätze in Konz ist eine Übernahme durch einen Unternehmer aus der Branche. IG Metall und Betriebsräte arbeiten zurzeit unter Hochdruck mit Unterstützung von Dr. Dr. Thomas B. Schmidt aus Trier sowie Bürgermeister Manns und Herrn Adrian von der Triwo an möglichen Konzepten für eine übertragende Sanierung des Betriebs. Für diese Zielrichtung hat in einem Gespräch auch der vorläufige Insolvenzverwalter, Dr. Jaffé aus München, seine Unterstützung zugesagt.

Parallel hierzu prüft die IG Metall auch alle juristischen Möglichkeiten eines gerichtlichen Vorgehens gegen die Eigentümer und das Management der TWD Kuag hinsichtlich möglicher Haftungsansprüche.

Seminar der Jugend-Auszubildendenvertretung in Manderscheid

Ohne Bildung geht nichts

Eine Woche lang machten sich in Manderscheid die neugewählten Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter der Firmen Stihl AG, Thyssen-Krupp Bilstein und des Prümer Türenwerks zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der IG Metall Neuwied fit für den Job als JAVi (Jugend- und Auszubildendenvertreter).

Inhaltlichen Vorrang hatten die Probleme, die die Jugendlichen mit auf das Seminar gebracht hatten. Natürlich standen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen des Betriebsverfassungsgesetzes im Fokus des Seminars.



Seminarteilnehmer aus Neuwied und Trier

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich am Ende des Seminars einig, dass dieses Seminar nur den Anfang ihrer Weiterbildung als JAVi bedeuten kann. Eine Fortsetzung in diesem Kreis ist schon für den Sommer geplant.

Vertrauensleutewahl bei der Andreas Stihl AG

Vielversprechender Neustart nach zehn Jahren

Bei der Andreas Stihl AG gibt es nach zehn Jahren wieder einen IG Metall-Vertrauenskörper. 16 Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 1. März zur ersten Vertrauensleutesitzung bei Stihl.

Alle waren sich einig, dass die Neugründung des Vertrauenskörpers nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist, um die Arbeit der Belegschaftsvertretung zu verbreitern. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass durch die Einführung des Entgeltrahmenabkommens viel Arbeit auf die Betriebsräte und Vertrauensleute zukommt. Die Arbeit des neuen Vertrauenskörpers wird in dem geplanten Wochenendseminar im Juni weiterentwickelt und konkretisiert werden.



Die neugewählte Vertrauenskörperleitung mit dem zuständigen Gewerkschaftssekretär Stefan Sachs

Jubilare April & Mai

40 Jahre:
Julius Stöhr, Josef Heinz
25 Jahre:
Ewald Meuren (MAN Wittlich), Herbert Jakobs (LAEIS), Helmut Junglen (Ideal Standard), Joachim Heinzen (Endter Sintertechnik), Hermann Becker, Johann Becker, Walter Rausch (Thyssen-Krupp Bilstein), Hans Eschmann (Trierer Stahlwerk), Antony Serge, Ludwig Wirth (Ludwig Kuntz), Manfred Oberbillig, Horst Briesch, Alois Haas, Margarethe Schuh, Günter Baumann

Verwaltungsstelle Trier, Herzogenbuscherstraße 52, 54292 Trier • Telefon 0651–99198-0,
Fax 0651–99198-20, E-Mail: trier@igmetall.de, Internet: www2.igmetall.de/homepages/trier •
Redaktion: Winfried Groß (verantwortlich)

Polster Richter

Das Ende einer traditionsreichen Manufaktur

Das Ende der traditionellen Polstermöbel Manufaktur Richter im Rheingaustädtchen Oestrich-Winkel ist besiegelt. Nachdem im vergangenen Sommer ein Umsatzeinbruch von 40 Prozent ins »Kontor« schlug, war das Ende für die Produktion absehbar. Insgesamt 60 der zuletzt 120 Mitarbeiter verlieren nun ihre Arbeitsplätze.



Um das Firmengelände in Oestrich-Winkel machte sich der örtliche CDU-Bürgermeister Sorgen. Die Arbeitsplätze schienen ihm egal

Kurz nach der Ankündigung von MAN Roland in Geisenheim, die Druckmaschinenproduktion zu schließen und der damit verbundenen Vernichtung von fast 400 Arbeitsplätzen zum Jahresende, ist dies die nächste Hiobsbotschaft, die der Region großen Schaden bringt. Ganz abgesehen von der Arbeitsmarktkatastrophe, die eine Produktionsverlagerung von Linde Kältetechnik in Mainz-Kostheim nach Tschechien darstellt. Der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Wiesbaden-Limburg Hajo Rübsam forderte in diesem Zusammenhang von Politik und Bevölkerung Solidarität und Unterstützung für die Betroffenen. Der Kampf für den Erhalt und die Ausweitung von Arbeitsplätzen muss die ganze Region erfassen. Dass Arbeitsplatzvernichtung in erster Linie auf Managementfehler oder nachlässige Unternehmensentscheidungen zurückzuführen ist, wird nach Meinung von Hajo Rübsam am Beispiel Polster Richter deutlich. Einst war die Firma der Stolz des Gründers. Von der kleinen Tapezierer- und Polsterwerkstatt im Rheingau emanzipierte sie zum deutschlandweiten Polstermöbelfilialisten mit ausschließlich eigener Produktion. In den Glanzzeiten der 60er und 70er Jahre firmierten über 60 Filialen und fuhren mehr als 30 Lkws nur für Polster Richter. Gründervater Siegfried Richter war national einer der Großen in der Branche. Die Sollbruchstelle im Erfolg kam, als der Sohn die Geschicke des Familienunternehmens übernahm. Bis zur Insolvenz entnahmen die Firmenerben massiv Geld für aufwendige Hobbys (Ferrari-Sammlung, Landsitze in Bayern und Österreich). Die Erträge, die durch die Polstermöbelmanufaktur – das Polstermöbel wird erst nach den genauen und speziellen Wünschen des Kunden produziert, wenn bestellt ist – erwirtschaftet wurden, waren nur Mittel zum Zweck. Soziale Verantwortung für die eigenen Beschäftigten kannte der Richter Junior nicht. Kurz nach der Übernahme vom Vater war auch schon ein Geschäftsführer gefunden, der über ein »Scheingeschäft« die Firma übernahm. Von nun an ging es bergab. Die Anzahl der Filialen wurde halbiert, die Fertigungstiefe der Polstermöbel verringert. Nach der deutschen Wiedervereinigung war schnell ein billiger Vorlieferant für Gestelle und Weißpolster in Thüringen gefunden. Somit wurde die Beschäftigtenzahl am Stammsitz reduziert. Designtrends und Veränderungen im Kaufverhalten (aggressive Werbung, »Kauferlebnis«) fanden keine Beachtung. Stattdessen versuchte der eingesetzte »Firmeneigner« noch aus der Zahlungsunfähigkeit ein persönliches Geschäft zu machen. Über einen selbstbestimmten Insolvenzverwalter wollte man sich der Produktion, den so genannten Verlustbringern und der Gläubiger entledigen und so saniert, zum Schluss, unter dem guten Namen weitermachen. Der Betriebsrat, sein Vorsitzender Jörg Endel und Hajo Rübsam verhinderten diesen Plan. Der letztendlich vom Gericht eingesetzte Insolvenzverwalter Rechtsanwalt Ulrich Maschmann (Bad Schwalbach) dachte gleich zu Beginn des Verfahrens an die Rettung von Arbeitsplätzen und Produktion. Konstruktiv arbeiteten Betriebsrat, IG Metall und Insolvenzverwalter für dieses Ziel zusammen. Leider war die Mühe vergebens. Im Sommer des vergangenen Jahres bescherte die Eröffnung eines neuen Möbel-Supermarkts im Rhein-Main-Gebiet (Standort der Hälfte aller Polster Richter Filialen) den »Todesstoß«. Kuriosum am Rande: Die Besitzerfamilie des übermächtigen Konkurrenten fing ursprünglich genauso wie Polster Richter an und war in den beschriebenen Glanzzeiten der kleinere Mitbewerber. Allerdings mit der Ausnahme, dass hier Gewinne ins Unternehmen investiert wurden, sodass sich aus dem einstigen Polstermöbler – ein so genannter Möbelvollsortimenter (»Da wo das Möbel haust.«) entwickeln konnte. Zum guten Schluss ging es nur noch um Schadensbegrenzung. Die Produktion am Stammsitz in Oestrich läuft bis zur Mitte des Jahres aus. Die jetzt noch vorhandenen 22 Filialen werden von einer neu gegründeten Polster-Richter-Vertriebsgesellschaft übernommen. Hinter dieser Gesellschaft steht der Vorlieferant (Gestelle und Weißpolster), die Firma Ehrlich im thüringischen Döllstedt. Die Übernahme ist für dieses Unternehmen pure Überlebensnotwendigkeit, denn 80 Prozent der dortigen Produktion gingen bisher nach Oestrich-Winkel. Der Sozialplan ist für die Gekündigten ein schwacher Trost. Trotzdem muss es irgendwie weitergehen. Die Kolleginnen und Kollegen im Betriebsrat gehen aber mit Stolz und im aufrechten Gang von Polster Richter. »Vielleicht finden einige in Zukunft eine Neuausrichtung in Ich-AGs, auf der Basis qualitativ hochwertiger Polstermöbel«, sinniert Jörg Endel abschließend.

Nachruf

Wir trauern um den
Sprecher unseres Senioren-Arbeitskreises

Horst Glässel

*17.5.1932 †25.3.2005

Alle, die ihn kannten, werden ihn als engagierten Kollegen in Erinnerung halten.

Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg

Hans M. Maus
Erster Bevollmächtigter

Hajo Rübsam
Zweiter Bevollmächtigter

Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg, Bahnhofstraße 26, 65185 Wiesbaden •
Telefon 0611–99964-0, Fax 0611–99964-99, E-Mail: Hajo.Ruebsam@igmetall.de, Internet:
www.igmetall.de/homepages/wiesbaden-limburg • Redaktion: Hajo Rübsam (verantwortlich)

Aktionen zum Tag gegen Rassismus

Aufmucken gegen rechts



Aktionsstand auf dem Christian-Weber-Platz in Homburg

Zum jährlichen Tag gegen Rassismus veranstalteten die Jugendausschüsse der saarländischen Verwaltungsstellen Infoaktionen in verschiedenen Innenstädten.
In Homburg und Zweibrücken organisierte der Ortsjugendausschuss der IG Metall Homburg-Saarpfalz jeweils einen Aktionstag. Die jungen Kolleginnen und Kollegen wollten mit ihren Aktionen auf die verschiedenen Formen des täglichen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufmerksam machen.

Zu diesem Zweck zeigten sie den Film: »Schwarzfahrer« und hatten zusätzlich eigene Flugblätter verteilt. Um auch gezielt Jugendliche auf diese Thematik anzusprechen, nutzte unser Jugendausschuss die bundesweite Kampagne politischer, linker Jugendorganisationen unter dem Motto »Aufmucken gegen Rechts«.

Diese hatten speziell für Jugendliche eine Musik-CD produziert mit kritischen Texten zum Thema Rassismus. Die CD konnte kostenlos an Jugendliche verteilt werden und fand sehr guten Zuspruch. Besondere Brisanz erhielt der Aktionstag vor dem Hintergrund, dass in Zweibrücken der Versuch von Rechten unternommen wird, eine Gruppierung zu bilden.

Der Übergriff Rechtsradikaler in Homburg wenige Tage vor dem 21. März, zeigte uns die Notwendigkeit, öffentlich auf die Thematik aufmerksam zu machen. Der durchweg positive Zuspruch der Passanten ermutigt uns weiterhin, dieses Thema zu bearbeiten und auch an anderen Stellen auf die Gefahren rechter Parolen hinzuweisen.

Albrecht Müller und OB Reichling (ZW) diskutieren.

Die Reformlüge

IG Metall lädt zur Autorenlesung und Diskussion ein.
Albrecht Müller ist es gelungen, mit seinem Buch »Die Reformlüge« in den Bestsellerlisten zu landen. Müller war Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt zwischen 1979 und 1982.

Während die Menschen in Deutschland von Reform zu Reform taumeln, entlarvt er in seinem Buch die gängigen Klischees über den Zustand unseres Landes, als eiskalte »Lügen«. Er hinterfragt kritisch die angeblich positiven Wirkungen vergangener und aktueller Reformen.

Sowohl der Autor als auch der Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken, Professor Dr. Helmut Reichling, diskutieren die im Buch dargestellten Fehler, Mythen und Legenden. Vor diesem Hintergrund verspricht die Veranstaltung informative und spannende Unterhaltung.

► Termin: Freitag 13. Mai, um 18:30 Uhr, Festhalle Zweibrücken.

► Web Tip: www.nachdenkseiten.de



Termine

Die nächste Delegiertenversammlung ist am 24. Mai 2005 im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel. Eine Einladung mit detaillierter Tagesordnung ergeht rechtzeitig.

Glückwünsche

Unsere Geburtstagskinder im Mai

92 Jahre
Frieda Rittmann, Homburg
90 Jahre
Michael Koikow, Erbach
85 Jahre
Alfred Dupre, Zwei-brückenLudwig Ringeisen, Jägersburg
80 Jahre
Kurt Leyser, Altenglan
Jakob Munz, Waldmohr
Mariano Reda, Blieskastel
Walter Ries, Zweibrücken
75 Jahre
Horst Bäsel, Käshofen
Ludwig Bugert, Wiesbach
Heinrich Hanss, Steinbach Glan
Gunter Kloss, Bruch-mühlbach
Kurt Knecht, Pirmasens
Norbert Koppel, Bexbach
Werner Legrom, Kirrberg
Heinz Maurer, Bechhofen
Reinhold Motsch, Gersheim
Luise Röhr, Elzweiler
Willi Schott, Limbach
70 Jahre
Werner Biehl, Ottweiler
Friedrich Chelniak, St Ingbert
Gerd Dessloch, Ballweiler
Horst Emmer, Waldmohr
Erika Gessner, Erbach
Günther Hudlet, Zweibrücken
Alfons Kauf, Bexbach
Ludwig Kohler, Pirmasens
Adolf Morgenstern, Herschw.-Pett.
Alban Rabung, Blies-kastel
Ottmar Rosche, Börsborn
Joachim Seidler, Zweibrücken
Hilde Stadie, Nanzdietschweiler
Heinz Wiebrecht, Zweibrücken

Hinweis:

Die Kolleginnen und Kollegen, die im Folgemonat nicht veröffentlicht werden möchten, bitten wir um kurze Mitteilung.

Verwaltungsstelle Homburg-Saarpfalz, Talstraße 36, 66424 Homburg • Telefon 06841– 9337-0, Fax 068 41–9337-50, E-Mail: homburg-saarpfalz@igmetall.de, Internet: www.igmetall-homburg-saarpfalz.de • Redaktion: Werner Cappel (verantwortlich)

18. Juni in Nürnberg

Mach mit, sei dabei



Unter dem Motto »Wir können auch anders« steht die aktuelle Jugendkampagne der IG Metall. Politik für Jugendliche und mit Jugendlichen geht nicht nur Parlamentarier und Abgeordnete an. Wir sind als Jugendliche auch selbst in der Lage, uns nicht nur mit politischen Themen zu befassen, sondern wollen auch Anforderungen und Alternativen entwickeln. Die Jugendkampagne der IG Metall lädt dazu ein. Da aber Kampagnen von Beteiligung leben, sind alle Jugendlichen aufgerufen, mitzumachen. Es geht dabei um Bildung, Ausbildung, Gesundheits-, Renten-, Steuerpolitik und vieles mehr. Wir wollen im Betrieb, in den Schulen, Universitäten, mit Kolleginnen und Kollegen, Familie, Freunden und Bekannten über unsere Ideen und Vorschläge reden.

Als ein Höhepunkt im Rahmen dieser Kampagne ist am 18. Juni ein Aktionstag in Nürnberg, an dem Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik teilnehmen. Sprecht eure JAV an oder meldet euch bei der IG Metall Erfurt, wenn ihr teilnehmen möchtet. Karten für die Fahrt nach Nürnberg, für die Teilnahme an den Aktionen in der Innenstadt und für das Abschlusskonzert beispielsweise mit Gentleman, H-Blockx oder Fiddlers Green gibt es zum Preis von 15 Euro bei der IG Metall Erfurt.

Großkundgebung am 19. März in Brüssel

Über 50 aus Erfurt demonstrierten mit

Menschen aus ganz Europa haben gegen die geplante Dienstleistungsrichtlinie demonstriert. Über 50 Kolleginnen und Kollegen aus der Region Erfurt waren mit in Brüssel. Würde die geplante Richtlinie in der vorgeschlagenen Form umgesetzt, könnte das dramatische Folgen für die Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in Deutschland haben.



Demonstration in Brüssel: Hans-Jürgen Czentarra aus Erfurt mit dabei

Daher darf sie so, wie der ehemalige EU-Kommissar Frits Bolkestein sich die Richtlinie vorgestellt hat, nicht in Kraft treten. Jede Firma, das sieht der ursprüngliche Entwurf der Richtlinie vor, soll ihre Dienstleistungen »ungehindert« in jedem Land der Europäischen Union anbieten können – und zwar zu den Bedingungen ihres Heimatlands. Das plant die EU-Kommission mit ihrer Dienstleistungs-Richtlinie. Kern und Knackpunkt ist das »Herkunftslandprinzip«: Löhne und Arbeitsbedingungen sollen sich an den Mindeststandards der jeweiligen Herkunftsländer orientieren, nationale Gesetze und Regelungen nur noch in Ausnahmefällen oder übergangsweise gelten. Damit würden soziale und tarifliche Standards ausgehebelt und ein verschärfter Unterbietungswettbewerb möglich, stellen IG Metall und andere Gewerkschaften fest.

Bei Visita Polstermöbel Erfurt

Neuer Tarifvertrag ab 1. März

Am 8. März gelang der IG Metall bei der Visita Polstermöbel Erfurt ein Verhandlungsergebnis. Danach steigt der Ecklohn (LG 5) ab 1. März auf 8,26 Euro je Stunde, ab 1. Januar 2006 auf 8,34 Euro und ab 1. Juli 2006 auf 8,42 Euro je Stunde. Das Eckgehalt (GG 3) wird in der letzten Stufe zum 1. Juli 2006 auf 1458,90 Euro angehoben. Darüber hinaus wird der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen weitergeführt. Die Sonderzahlung beträgt 300 Euro ab 2005. Dieser Abschluss konnte nur erreicht werden, weil sich im Betrieb in den vergangenen Wochen noch viele Beschäftigte für eine Mitgliedschaft in der IG Metall entschieden haben.

Termine

Erwerbslosentreffen
► 4. Mai, 14 Uhr für Erfurt: Besuch des Landtags.
► 11. Mai, 14 Uhr in Apolda: Besuch des Landtages.
► 12. Mai, 13 Uhr in Sömmerda: Ort: THEPRA Landesverband Thüringen e.V., Stadtring 19/20, 99610 Sömmerda. Thema: Verbraucherzentrale.
► 25. Mai, 14 Uhr für Arnstadt: Besuch des Landtags.

Betriebsräte-Schulung
► 26. Mai, 8.30 Uhr. Thema: Welche Seminare sind gemäß Paragraf 37.6 BetrVG erforderlich? Welche formellen Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Welche Kosten trägt der Betrieb? Referent: RA Horst Thon.
► 31. Mai, 8.30 Uhr. Thema: Die Bildung und Aufgaben des Arbeitsschutzausschusses.
► Ort: LVA Thüringen, Erfurt.

Delegiertenversammlung
► 28. Mai, 9 Uhr. Ort: LVA Thüringen, Kranichfelder Straße 3, 99097 Erfurt.

Sitzungen des OJA, Orts-Jugend-Ausschusses
► 11. Mai, 17 Uhr in Erfurt. Ort: Sitzungsraum der IG Metall, Lucas-Cranach-Platz 2, Erfurt.

Sitzungen des OFA (Orts-Frauen-Ausschuss)
► 18. Mai, 17 Uhr in Erfurt. Ort: Sitzungsraum der IG Metall, Lucas-Cranach-Platz 2, Erfurt.

Sitzungen des OAA (Orts-Angestellten-Ausschuss)
► 2. Mai, 17 Uhr in Erfurt. Ort: Sitzungsraum der IG Metall, Lucas-Cranach-Platz 2, Erfurt.

Sitzungen des OVL (Orts-Vertrauensleute-Ausschuss)
► 3. Mai, 17 Uhr in Erfurt. Ort: Sitzungsraum der IG Metall, Lucas-Cranach-Platz 2, Erfurt.

AK Senioren Erfurt
► 11. Mai, 10 Uhr in Erfurt. Ort: Sitzungsraum der IG Metall, Lucas-Cranach-Platz 2, Erfurt.

Verwaltungsstelle Erfurt, Lucas-Cranach-Platz 2, 99097 Erfurt • Telefon 0361–5658 5-0, Fax 0361–5658 5-99, E-Mail: erfurt@igmetall.de, Internet: www.igmetall.de/homepages/erfurt • Redaktion: Gerd Brücker (verantwortlich), Thomas Steinhäuser